

Daniel Brühlmeier, Philippe Mastronardi (Hg.)

Demokratie in der Krise

Analysen, Prozesse und Perspektiven

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm:
www.chronos-verlag.ch

Korrektorat und Lektorat: Tobias Brücker und Kris Decker

© 2016 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1341-3

Die Demokratie in der Krise

WOLFGANG STREECK

Kaum jemand bestreitet heute, dass sich die Demokratie in den Ländern des entwickelten Kapitalismus in einer Krise befindet, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gesehen haben. Mittlerweile gibt es eine umfangreiche Literatur, die vielfältige Bedrohungen der Demokratie und zahlreiche, oft seit Längerem im Gang befindliche Prozesse des Demokratieabbaus dokumentiert. Ich möchte im Folgenden die wichtigsten Argumente dafür zusammenfassen, dass zu befürchten steht, dass die Demokratie, so wie wir sie in den westlichen Ländern kennen, in Gefahr steht, durch eine autoritär-technokratische Marktdiktatur abgelöst zu werden. Ich beginne mit Anmerkungen über das sich ändernde Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus unter den Bedingungen der neoliberalen Revolution. Danach wende ich mich der Demokratie als Regierungsform zu und diskutiere die Frage, inwieweit sie den Anforderungen globaler Märkte, vor allem auch globaler Kapitalmärkte, noch gewachsen sein kann. Drittens befasse ich mich mit diversen Krisensymptomen und krisenhaften Entwicklungen im tatsächlichen Funktionieren moderner Demokratien. Viertens und abschliessend beschreibe ich eine Reihe von politisch-ökonomischen Entwicklungstendenzen, die die Demokratie gefährdet erscheinen lassen.

Die Demokratie als Klassenkompromiss und Marktkorrektur

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war die Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus zweifelhaft. Die alten und neuen Oberschichten fürchteten, von einer geborenen Mehrheit der Habenichtse enteignet zu werden. Die Arbeiterklasse erwartete einen Putsch der neuen Fabrikherren im Bündnis mit den untergehenden Klassen des Feudalstaats zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, wie er im Faschismus der Zwischenkriegsjahre auch tatsächlich Wirklichkeit wurde. Erst für die Ausnahmezeit der drei Jahrzehnte nach 1945 gelang es, Kapitalismus und Demokratie stabil miteinander zu verbinden. Dies war möglich, solange das internationale Bretton-Woods-Wirtschaftsregime und die *mixed economy* hohe Wachstumsraten hervorbrachten, die es den demokratischen Regierungen des Westens gestatteten, ohne die Gefahr eines Investitionsstreiks oder eines Staatsstreichs von rechts korrigierend in Marktergebnisse einzugreifen, also etwa starke Gewerkschaften zuzulassen und umfangreiche Systeme der sozialen Sicherung aufzubauen. Ohne korrigierende politische Interventionen in den Markt ist der Kapitalismus wegen des in ihn eingebauten Systems kumulativer Bevorteilung (nach dem von Robert K. Merton

so genannten «Matthäus-Prinzip»)¹ nur in einer Gesellschaft durchsetzbar, die aller Mittel zur Verteidigung ihres Zusammenhalts beraubt ist.²

Seit den 1970er Jahren ist der Klassenkompromiss der Nachkriegszeit (das *post-war settlement*) in Auflösung begriffen.³ Die neoliberale Revolution – die politische Einsetzung der Märkte und ihrer spezifischen Marktgerechtigkeit als oberste gesellschaftliche Instanz – verläuft graduell, als Kette von Reformen, wenn auch nicht ohne wirtschaftliche und politische Krisen. Wegmarken der Entdemokratisierung des Kapitalismus der Gegenwart sind die Deregulierung der Güter- und Arbeitsmärkte, die Entgewerkschaftung der Arbeitsmärkte und Prekarisierung der Beschäftigung, der gestiegene Druck zur Flexibilisierung von Arbeit und Leben, die Verschärfung und Globalisierung der Konkurrenz, die Privatisierung vormals staatlicher Aufgaben und Unternehmen sowie die wachsende soziale Ungleichheit bei fortschreitender Herausbildung von sogenannten Zweidrittelgesellschaften.

Der neoliberale Abschied vom demokratisch regierten und gezähmten Nachkriegskapitalismus war begleitet von einer Sequenz wirtschaftlicher Verwerfungen, die von der sogenannten *public-choice*-Theorie der Demokratie zur Last gelegt werden: Inflation, Staatsverschuldung und exzessive Verschuldung der privaten Haushalte. Heute verlangt die ökonomistische Weltanschauung eine Anpassung der demokratischen Institutionen an die «Erfordernisse» der Globalisierung – einen Umbau zu einer marktkonformen Demokratie.⁴ Ziel ist eine nachhaltige Einschränkung der demokratischen Interventionsmöglichkeiten in die Ökonomie im Namen von Freihandel und Effizienz sowie eine zuverlässige Abkapselung der Politik gegen unrealistisch gewordene Wünsche der Bürger nach sozialer Sicherheit, Mindestlöhnen, kürzeren Arbeitszeiten usw. Erreicht werden soll die Freisetzung des Kapitalismus von demokratischer Marktkorrektur und Umverteilung durch Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik, vor allem der Geld- und Fiskalpolitik (Beispiele sind von der Politik unabhängige Zentralbanken oder auch der Europäische Fiskalpakt), mit dem

1 «Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat» (Matthäus 25, 29). Siehe auch Thomas Piketty, der zeigt, dass grössere Vermögen regelmässig höhere Erträge erzielen als kleinere (vgl. Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*, Cambridge MA 2014).

2 Anders als weite Teile der normativen Demokratietheorie behandle ich die Frage der Demokratie in engem Zusammenhang mit der politischen Ökonomie. In der demokratietheoretischen Idylle einer frei deliberierenden Versammlung gleicher Bürger gibt es die kapitalistische Ökonomie und ihre Märkte nur als gehorsame Wohlstandsmaschine und nicht als eigenwilliges, konkurrierendes Entscheidungs- und Machtsystem. In politisch-ökonomischer Perspektive ist Demokratie durch das Recht der Mehrheit auf Abwahl der Regierung nur unzureichend und sogar irreführend definiert. Die entscheidende Frage ist, inwieweit der demokratische Prozess Auswirkungen auf die Lebenschancen und Lebensweisen der Angehörigen einer Gesellschaft der Ungleichen und gegenüber der kapitalistischen «order of egoism» (John Dunn, *Setting the People Free. The Story of Democracy*, London 2005) hat und haben kann.

3 Zum Folgenden siehe Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.

4 Zitiert aus den Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho, vom 1. September 2011, https://de.wikiquote.org/wiki/Diskussion:Angela_Merkel [18. September 2015]: «Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.»

angestrebten Endzustand einer mit politischen Mitteln durchgesetzten Institutionalisierung eines entpolitisierten, das heisst selbstregulierenden Marktsystems nach Hayek'schem Muster.⁵ An die Stelle der Politisierung der Ökonomie im demokratischen Kapitalismus tritt die Ökonomisierung der Politik und des gesellschaftlichen Lebens insgesamt. Demokratische Institutionen können bestehen bleiben, vorausgesetzt sie sind so (um)konstruiert, dass der Ausgang von Wahlen keinen Unterschied mehr für die Ergebnisse des freien Spiels der Marktkräfte macht.⁶

Die Demokratie als Regierungsform

Immer häufiger ist davon die Rede, dass demokratische Institutionen zu langsam und zu umständlich funktionierten, um mit der Dynamik globalisierter Märkte mithalten zu können.⁷ Lagen früher Märkte in Staaten, so lägen heute Staaten in Märkten und damit in Wettbewerb untereinander. Als Folge sei die Demokratie veraltet, weil wirtschaftlich nicht «leistungsfähig» genug. Lange und unüberschaubare Wirkungsketten überstiegen das Fassungsvermögen von Bürgern und Politikern; externe Effekte mit Ursprung im jeweiligen Ausland hebelten demokratische Entscheidungen aus; langfristige internationale Verpflichtungen, die national nicht zur Disposition stehen können, müssten gegebenenfalls gegen den Volkswillen durchgesetzt werden; und demokratische Verfahren nähmen zu viel Zeit in Anspruch, um erfolgreich auf die Herausforderungen einer dynamischen Weltwirtschaft reagieren zu können. Wer sachlich kompetente, den wirtschaftlichen Wohlstand sichernde Entscheidungen wolle, müsse verhindern, dass sie demokratisch getroffen würden. Oder er muss Demokratie so umbauen, dass bei Produktions- und Verteilungsfragen der in Unternehmen, Zentralbanken und internationalen Organisationen versammelte Sachverstand an die Stelle demokratischer Kompromissfindung treten kann. Während neoautoritäre Regime, insbesondere die Wirtschaftspolitik Chinas, an Ansehen gewinnen,⁸ wird die Demokratie im Angesicht der sogenannten Globalisierung von den Anhängern uneingeschränkter Marktgerechtigkeit rhetorisch als überholt und nicht leistungsfähig genug diskreditiert.

Bis heute ist die Internationalisierung (Globalisierung) der kapitalistischen Märkte und Produktionssysteme die Stunde der grenzüberschreitenden Grossun-

5 Vgl. Friedrich A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971.

6 Der Übergang vom demokratischen zum neoliberalen Kapitalismus fällt zusammen mit einem Wechsel der leitenden wirtschaftspolitischen Doktrin. An die Stelle der keynesianischen Vorstellung von Wachstum als Resultat der Umverteilung von oben (von den Kapitalbesitzern) nach unten (zu den Beziehern niedriger Einkommen mit hoher Konsumneigung) tritt die Hayek'sche Idee von Wachstum als Ergebnis der Umverteilung von unten nach oben: zur Schaffung von Anreizen durch verbesserte Gewinnerwartungen oben und niedrigere Löhne und Sozialleistungen unten. Während Demokratie in der keynesianischen Welt zur Produktivkraft wird (indem sie zur Stärkung der Massenkaufkraft beiträgt), erscheint sie im Neoliberalismus als Wachstumshindernis.

7 Vgl. Nicolas Berggruen und Nathan Gardels (Hg.), *Intelligent Governance for the 21st Century. A Middle Way between West and East*, London 2012.

8 Vgl. Daniel A. Bell, *Beyond Liberal Democracy. Political Thinking for an East Asian Context*, Princeton 2006.

ternehmen, insbesondere derjenigen aus den USA, sowie der nationalen Exekutiven und ihrer internationalen Organisationen. *Global governance* tritt an die Stelle nationaler Regierungen. Sie findet fernab nahezu jeder demokratischen Einwirkungsmöglichkeit statt. Internationale Organisationen wie der Weltwährungsfonds oder auch die Europäische Union, von einer internationalen Zentralbank wie der EZB oder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – der Zentralbank der Zentralbanken – ganz zu schweigen, können nur hinter einem Schirm diplomatischer Vertraulichkeit funktionieren. Dasselbe gilt für internationale Ministerräte und Gipfelkonferenzen. Die dort getroffenen Entscheidungen werden den Parlamenten der beteiligten Länder mit dem ausdrücklichen Hinweis übermittelt, dass sie wegen der Fragilität der in sie eingebauten Kompromisse nicht mehr revidierbar seien. Regierungen, die fürchten müssten, mit einer bestimmten Politik innenpolitisch nicht durchzukommen, können sich für diese von der Gemeinschaft der anderen Regierungen ein internationales Mandat geben lassen (Mehrebenenpolitik).

Wäre es denkbar, die durch die Internationalisierung zunehmend leerlaufende Demokratie durch Demokratisierung internationaler Organisationen zurückzugewinnen, also durch Verlagerung demokratischer Entscheidungsfindung nach oben, auf die supranationale Ebene? Hierfür gibt es kein historisches Beispiel, schon gar nicht im Europa der Europäischen Union und der Währungsunion. Wie Friedrich A. Hayek schon 1939⁹ gezeigt hat, würde in einer supranationalen Föderation das Solidaritätspotenzial zurückgehen. Eine supranationale Demokratie wäre eine weniger umverteilende, weniger marktkorrigierende Demokratie (was Hayek für höchst wünschenswert hielt und weshalb er Pläne für eine möglichst umfassende supranationale Wirtschaftsgemeinschaft euphorisch begrüßte).¹⁰ Was Europa angeht, so kann angesichts der Unterschiedlichkeit der nationalen Institutionen – die ja nicht nur kulturelle Verzerrungen sind, sondern unterschiedliche Entwicklungspfade und jeweils spezifische Arrangements zur Pazifizierung von Verteilungs- und Klassenkonflikten darstellen – eine einheitliche Demokratie für einen einheitlichen Markt bestenfalls ein sehr langfristiges Projekt sein. Bis dahin bedeuten Gewinne an wirtschaftlicher Integration Verluste an demokratischer Handlungsmacht (siehe die Auswirkungen der Währungsunion auf die nationalen Demokratien sowohl des Nordens als auch der Mittelmeerländer).¹¹ Zugleich gilt, dass die Verteidigung der verbliebenen Reste umverteilender Demokratie Einschränkungen der wirtschaftlichen Integration erfordert.

Die in globale Finanzmärkte eingebetteten Staaten von heute sehen sich zwei konkurrierenden Anspruchsträgern gegenüber: ihren national organisierten Staatsbürgern und den international organisierten Märkten, insbesondere den Märkten

9 Vgl. Friedrich A. Hayek, *The Economic Conditions of Interstate Federalism*, in: ders. (Hg.), *Individualism and Economic Order*, Chicago 1980 [1939], S. 255–272.

10 Vgl. ebd.

11 Zur Verteidigung des Euro wurden in den Krisenjahren die sogenannten Schuldenstaaten des Mittelmeerraums unter supranationales Kuratel gestellt und werden teilweise bis heute de facto von der sogenannten Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Weltwährungsfonds regiert, die ihnen unter anderem die Struktur ihrer Lohnfindungssysteme und das Ausmass der Beschäftigung in ihrem öffentlichen Sektor vorschreiben. Damit ist die Demokratie in den betreffenden Ländern in wesentlichen Teilen ausser Kraft gesetzt.

Tab. 1: Der demokratische Schuldenstaat und seine zwei Völker

Staatsvolk	Marktvolk
National	International
Bürger	Investoren
Bürgerrechte	Forderungen
Wähler	Gläubiger
Wahlen (periodisch)	Auktionen (kontinuierlich)
Öffentliche Meinung	Zinssätze
Loyalität	Vertrauen
Daseinsvorsorge	Schuldenbedienung

für Kredite (siehe Tab. 1). Die beiden kämpfen um den Vorrang ihrer Interessen beziehungsweise ihrer den Staaten gewährten (Vertrauens-)Vorschüsse: die Rentner auf der einen Seite und die Rentiers auf der anderen. In den Jahrzehnten der Finanzialisierung hat sich das Gewicht immer mehr zugunsten der Finanzmärkte und ihrer Rentiers verschoben: Ansprüche aus Kreditverträgen (explizite Staatsschulden) gewinnen Vorrang gegenüber Ansprüchen aus sozialen Rechten (implizite Staatsschulden). Geläufige Theorien der Demokratie tragen dem Auftreten eines zweiten Souveräns und der Abtretung von Mitwirkungsrechten an diesen in den demokratischen «Schuldenstaaten» des gegenwärtigen Kapitalismus noch nicht annähernd Rechnung.¹²

Postdemokratie

Seit längerem nimmt die Wahlbeteiligung in den westlichen Demokratien ab.¹³ Dies ist ein jahrzehntealter Trend und eine Umkehr ist nicht absehbar.¹⁴ Zugleich ist die Zahl der Parteimitglieder ebenso gesunken wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad; auch dies gilt für nahezu alle westlichen Länder. Streiks sind so gut wie verschwunden. Damit sind die traditionellen Formen demokratischer Beteiligung nachhaltig geschwächt. Es steht zu vermuten, dass dies mit der geringer gewordenen Reichweite des politischen Prozesses gegenüber wirtschaftlichen Prozessen und in Bezug auf die Verteilung der materiellen Lebenschancen in Zusammenhang steht.

Zunehmend verbreitet sich bei Bürgern der Eindruck, dass Wahlen nichts mehr entscheiden. Darin spiegelt sich die TINA-Rhetorik (*there is no alternative*) der staats- und demokratietragenden Parteien beziehungsweise Regierungen im Angesicht ihrer Machtlosigkeit gegenüber den Märkten und den diese durchsetzenden und vertretenden internationalen Organisationen. Zuerst aus der aktiven Demokratie

¹² Streeck 2013 (wie Anm. 3).

¹³ Vgl. das Diagramm in Armin Schäfer und Wolfgang Streeck, Introduction, in: dies. (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*, Cambridge 2013, S. 11.

¹⁴ Vgl. ebd.

verabschiedet haben sich die neuen Unterschichten, die kaum noch zur Wahl gehen, geschweige denn sich politisch organisieren. Sie sehen keinen Anlass, sich von demokratischer Politik eine Verbesserung ihrer Lebenssituation zu versprechen und wählen NOTA (*none of the above*). Je niedriger die Wahlbeteiligung der neuen Unterschichten, desto weniger gehen die Parteien mit ihren Programmen auf diese ein und verstärken damit den Trend zur Wahlenthaltung.¹⁵ Wo marginalisierte Wählergruppen in die Politik zurückfinden, unterstützen sie typischerweise neue, dem Kartell der Etablierten nicht angehörende Parteien, die nicht selten antidemokratische Ideologien vertreten.¹⁶ Als Folge der allgemein niedrigen Wahlbeteiligung können diese kurzfristig erhebliche Stimmenanteile gewinnen. Dadurch werden Wahlergebnisse instabiler und Regierungen schwerer zu bilden. Auch dies schwächt die Demokratie gegenüber den Märkten.

Ein weiterer Faktor ist das Tabu des Populismus. Mit der Auflösung des Nachkriegskompromisses wächst die Angst davor, dass die Wähler Entscheidungen treffen, die zwar ihren wahrgenommenen Interessen entsprechen, mit den Anforderungen des globalisierten Kapitalismus aber überkreuz liegen. Die Wahrnehmungen, Wünsche, Emotionen usw. eines wachsenden Teils der Bevölkerung, der die sich beschleunigenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht unbescholen hinnehmen will oder kann, können von «verantwortlichen» Parteien nicht mehr vertreten werden. Sie werden deshalb als «populistisch» zum Schreckensbild gemacht. Im Grenzfall werden sie im Namen der politischen Korrektheit aus dem demokratischen Diskurs ausgeschlossen. In Peter Mairs Formulierung: «responsibility» – verantwortliches Verhalten von Parteien und Regierungen im Sinne einer Anpassung an Märkte und internationale Konventionen – verdrängt «responsiveness»,¹⁷ also die Bereitschaft, auf wirtschaftliche und identitätspolitische Befürchtungen einzugehen, die als unmoralisch diffamiert und dadurch radikalen Sektieren zur Vertretung überlassen werden.

Als Ersatz für substanzielle Entscheidungsbeteiligung bietet die heutige Politik alle möglichen *politainment*-Ablenkungen.¹⁸ Der Kapitalismus in der Krise schafft Platz und bietet ein breites Forum für neuartige *culture wars*, etwa den Streit über gleichgeschlechtliche Ehen, die den Kontrollverlust der Politik gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen überspielen sollen. Auch Debatten über die sexuellen Verhältnisse, Vorlieben und Vorrechte der politischen Superstars (von Clinton über Sarkozy bis Hollande) müssen dazu herhalten, die Lücken im politischen Diskurs zu füllen. Schon früh im politischen Zentrum angekommen war ein Zyniker wie der Fernsehmogul Berlusconi, bis zu seiner Vertreibung aus dem Paradies der Ämter durch die vormaligen Goldman-Sachs-Funktionäre Monti

15 Vgl. Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main 2015.

16 Vgl. Peter Mair, *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, London 2013.

17 Vgl. Peter Mair, Representative versus Responsible Government, in: *MPiFG Working Paper*, Nr. 09/8 (2009); Mair 2013 (wie Anm. 16). Wie Peter Mair gezeigt hat, unterliegen etablierte politische Parteien in den westlichen Demokratien seit Längerem einer Tendenz, sich in den Staatsapparat zurückzuziehen und die dadurch gewonnene organisatorische Stabilität dafür zu nutzen, ihre Abhängigkeit von ihrer sozialen Basis zu verringern.

18 Vgl. Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004.

und Draghi leuchtendes Vorbild der Postdemokraten aller Länder. Wo der Unterhaltungswert der offiziellen Politik das Niveau Berlusconi nicht zu erreichen vermag, springen NOTA-Politiker wie Beppe Grillo, Geert Wilders oder die Piratenparteien in die Bresche und versammeln erstaunliche Stimmenzahlen auf sich. Die Grenzen zu dem, was das «verantwortliche» politische Zentrum Populismus nennt, sind durchaus fließend. Mittlerweile finden sich in fast allen demokratischen Ländern nennenswerte politische Strömungen, die zwischen 10% und 20% der (freilich geschrumpften) Wählerschaft an sich binden,¹⁹ indem sie (keineswegs immer zu Unrecht) für sich in Anspruch nehmen, Themen anzufassen, die den verantwortlichen Kräften deshalb als zu gefährlich erscheinen, weil sie längst eingesehen haben, dass sie gegenüber diesen machtlos sind.

Tendenzen

Welche für die Zukunft der Demokratie wichtigen Entwicklungen zeichnen sich ab? Das Wirtschaftswachstum der Goldenen Jahre wird nicht zurückkommen; die Trends gehen langfristig nach unten.²⁰ Zugleich bleibt die Gesamtverschuldung der kapitalistischen Volkswirtschaften hoch und steigt eher noch weiter. Schulden sind Vermögen, aber nur versprochene, und die Versprechungen müssen immer erst noch eingelöst werden. Auch sind sie ungleich verteilt. Für die Schuldner sind sie Pflichten, die abzuarbeiten sind. Je höher die Verschuldung, desto länger die Zeiträume, für die Verpflichtungen eingegangen, durchgehalten und durchgesetzt werden müssen. Schulden disziplinieren individuell wie kollektiv. Die Disziplinierung der Politik wie der Einzelnen durch den Schuldenberg tritt an die Stelle demokratischer Selbstbestimmung.

Abnehmendes Wirtschaftswachstum, steigende Verschuldung und wachsende Ungleichheit beeinträchtigen jeweils auf ihre Weise die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Je weniger die kapitalistische Wirtschaft wächst, desto weniger werden die Besitzenden bereit sein, politische Konzessionen zu machen, und desto härter werden *ceteris paribus* die Verteilungskonflikte. Hohe öffentliche Schulden bedeuten einen hohen Anteil des Schuldendienstes an den Staatsausgaben. Defizite in den staatlichen Haushalten entstehen dadurch, dass Einnahmen aus Steuern durch Kredite ersetzt werden. Dies begünstigt die Bezieher hoher Einkommen, die nicht nur weniger Steuern bezahlen, sondern das so Ersparte auch noch gegen Zinsen an die Staaten ausleihen und letztendlich an ihre Nachkommen vererben können.²¹ Je hö-

19 Siehe die Tea Party, die Schwedendemokraten, den Front National in Frankreich, die SVP in der Schweiz, die Lega Nord und den Movimento 5 Stelle in Italien, die UKIP in Grossbritannien, die AfD in Deutschland usw. Die Liste lässt sich fast beliebig verlängern. Mehr oder weniger in allen Ländern ist die offizielle Politik bestrebt, die von ihr als solche identifizierten Populisten moralisch zu delegitimieren und sie aus dem jeweiligen *arco costituzionale* hinauszudrängen.

20 Vgl. die sinkenden durchschnittlichen Wachstumsraten von zwanzig OECD-Ländern in den Jahren 1972–2010 in Wolfgang Streeck, *How Will Capitalism End?*, *New Left Review* 87 (2014), S. 35–64, hier Figure 1, S. 36.

21 Gleichzeitig bedeutet zunehmende Ungleichheit, dass die Gewinner zunehmend in einer anderen Welt leben als die Verlierer. In dem Masse, wie dies zutrifft und ihr Schicksal sich von dem der Mehrheitsge-

her der Zinsanteil der öffentlichen Haushalte, desto kleiner der Spielraum für nach unten umverteilende staatliche Politik, einschliesslich öffentlicher Investitionen zum Ausgleich ungleicher Startbedingungen im Markt. Zunehmende soziale Ungleichheit bedeutet wachsenden Wohlstand der kapitalnahen Gesellschaftsschichten und stattet diese reichlich mit finanziellen Mitteln zur Beeinflussung politischer Entscheidungen (Wahlkampffinanzierung!) und öffentlicher Diskussionen (Lobbyismus!) aus.

Neoliberale Reformen aller Art gehen weiter. Sie dienen dazu, Lebensweise und Lebenswelt an die Bedürfnisse der Märkte, des Wettbewerbs und des «Pumpkapitalismus»²² anzupassen. Individualisierung und Entsolidarisierung werden durch Unterwerfung immer weiterer Bereiche des sozialen Lebens unter das Wettbewerbsprinzip gefördert. Dies hat Folgen für die kollektive Handlungsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Besonders abträglich macht sich dies bei denen bemerkbar, die ihre Interessen nur kollektiv zur Geltung bringen können, also der grossen Masse der Bevölkerung. Kollektive Lösungen individueller Probleme gelten zunehmend als unmöglich oder von vornherein nicht erstrebenswert. Die Folge ist eine weitere Sinnentleerung der Politik. Die Durchstrukturierung der Gesellschaft in Richtung auf immer gründlichere individualistische Selbstvermarktung wird weitergehen, auch und gerade angesichts sinkender Erträge des herrschenden Wirtschaftsmodells (Wachstumsraten!).

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird sich fortsetzen.²³ Dabei geht es vor allem um Ausgabenkürzung statt Einnahmeverbesserung, und wenn Letztere, dann durch höhere Konsumsteuern und Sozialabgaben. Die Folge ist ein degressiver werdendes Steuersystem, was mit wachsendem Steuerwiderstand auch in der Mitte und am unteren Rand der Gesellschaft einhergeht. Der neoliberale Rückbau des Staates bei langfristiger Eindämmung des Staatsanteils und der Staatstätigkeit, vor allem solcher umverteilender Art, wird auf diese Weise selbsttragend. Internationaler Steuerwettbewerb um mobile Steuerquellen sowie die umfangreichen Möglichkeiten für Besitzer grosser Vermögen, mithilfe sogenannter Steueroasen (jahrzehntelang einschliesslich der Schweiz und Luxemburgs) legal und illegal Steuerflucht zu begehen, begrenzen die Besteuerbarkeit reicher kapitalistischer Gesellschaften²⁴ und gestalten die staatlichen Einnahmestrukturen weiter degressiv. Das Ergebnis ist die Ausplünderung des öffentlichen Sektors durch diejenigen, die ohne ihn auskommen oder konkurrierende Länder gegeneinander ausspielen können.

sellschaft abkoppelt, können sich die oberen Zehntausend aus ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und damit auch für die Verlierer am Markt verabschieden. Disraelis *two nations* kehren in von oligarchischer Umverteilung nach oben geprägten modernen Gesellschaften wie den USA machtvoll zurück.

22 Ralf Dahrendorf, Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik? Sechs Anmerkungen, *Merkur* 63 (2009), S. 374–381, passim.

23 Vgl. Lukas Haffert, *Freiheit von Schulden – Freiheit zur Gestaltung? Die politische Ökonomie von Haushaltsüberschüssen*, Köln 2014; Lukas Haffert, Philip Mehrrens, From Austerity to Expansion? Consolidation, Budget Surpluses, and the Decline of Fiscal Capacity, *MPIfG Discussion Paper*, Nr. 13/16 (2013); Wolfgang Streeck, The Rise of the European Consolidation State, in: Desmond King and Patrick Le Galés (Hg.), *The Reconfiguration of the State in Europe*, Oxford 2016, im Erscheinen.

24 Vgl. OECD, *Addressing Base Erosion and Profit Shifting*, Paris 2013; Gabriel Zucman, *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*, Berlin 2014.

Der Rückbau des Steuerstaats der Nachkriegszeit geht einher mit einer Privatisierung vormals öffentlicher Leistungen, und damit mit einer Verschlechterung der Daseinsfürsorge für diejenigen, die sich Marktpreise nicht leisten können. Das Zurückschneiden des Staates trifft vor allem die – ihrem Wesen nach diskretionären – öffentlichen Zukunftsinvestitionen, im Unterschied zu den weniger elastischen Rechtsansprüchen von Rentnern und Rentiers, wobei die Ansprüche der Letzteren schwerer zu kürzen sind als die der Ersteren. Insgesamt steigt bei Kürzungen der Staatsausgaben der Anteil der fixen und sinkt der Anteil der diskretionären Ausgaben. Als Ergebnis nimmt die fiskalische Gestaltungsfähigkeit demokratischer Politik («fiscal democracy») ab.²⁵ Entstehende Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge werden zunehmend durch sogenannte *public-private partnerships* (PPPs) geschlossen, die wegen Geschäftsgeheimnissen und der technischen Überlegenheit der beteiligten privaten Unternehmen, die oft internationale Grossunternehmen sind, über ihre öffentlichen Geschäftspartner und deren Parlamente in der Regel demokratisch weitgehend unkontrollierbar sind. Hinzu kommt immer öfter die private Philanthropie der immer zahlreicher und immer reicher werdenden Oligarchen, die ihrem wachsenden Reichtum auf diese Weise Legitimität zu verschaffen suchen. Die Spenden der Superreichen gehen nicht nur an Sportvereine und Opernhäuser, sondern auch an Bildungseinrichtungen und öffentliche Erholungsgebiete. Demokratiepolitisch bedenklich ist, wie dabei private Vorlieben an die Stelle öffentlich-demokratischer Willensbildung treten und weite Bereiche des öffentlichen Lebens und der Kultur von den idiosynkratischen Präferenzen und der freiwilligen und zufälligen Gunst einer neuen quasifeudalen, Repräsentation suchenden Herrenschicht abhängig werden.²⁶

Zunehmend wandern einige der für die Struktur moderner Gegenwartsgesellschaften wichtigsten Entscheidungen im Zuge der Hayekisierung der politischen Ökonomie in öffentlichkeitsferne Institutionen aus, insbesondere Zentralbanken und internationale Organisationen, die aus Sicht der Finanzmärkte «vernünftiger» sind als Wahlbürger. Entscheidungen werden den Staatsvölkern als Exekution von Sachzwängen (im Verständnis eines von der Trivialökonomie in die Lebenswelt importierten Common Sense) präsentiert. Die *bottom line* ist, dass es eigentlich nichts zu entscheiden gibt. Gerecht ist, was technisch richtig ist. Und was technisch richtig ist, lässt sich wissenschaftlich berechnen. Aufgabe der Politik ist, die Technokratie gegenüber fehlgeleiteten, weil inkompetenten demokratischen Beteiligungsansprüchen abzuschirmen.

Wettbewerbsdruck und Staatsabbau senken den möglichen Ertrag politischer Partizipation für die Bürger und fördern die Individualisierung des Interessenhandelns. Partizipation und Deliberation sowie Aufbau und Nutzung einer öffentlichen Sphäre stehen immer mehr unter Zeitdruck. Dies gilt für Individuen wie für Regie-

25 Wolfgang Streeck und Daniel Mertens, *An Index of Fiscal Democracy*, in: *MPIfG Working Paper*, Nr. 10/3 (2010); Wolfgang Streeck und Daniel Mertens, *Fiscal Austerity and Public Investment: Is the Possible the Enemy of the Necessary?*, in: *MPIfG Discussion Paper* 11/12 (2011).

26 Wobei nicht zu erwarten ist, dass der Repräsentations- und Gestaltungswille eines Mark Zuckerberg oder Bill Gates jemals Kulturleistungen vom Niveau eines Cosimo de' Medici oder Lorenzo il Magnifico hervorbringen wird.

rungen. Die in Gang befindliche Trennung zwischen Politik als symbolischer, identitätsstiftender, expressiver Kommunikation und Politik als operativ-instrumenteller Problemlösung wird sich weiter vertiefen. Während expressive Politik in die Gefahr der Verantwortungslosigkeit gerät, wird instrumentell-problemlösendes Handeln zunehmend von der Lebenswelt der Bürger und ihren elementaren Interessen abgekoppelt. An die Stelle politisch folgenreicher Partizipation tritt politisch sterilisierte Quasipartizipation. Je näher politische Institutionen an der Öffentlichkeit sind, desto mehr stehen sie in Gefahr, irrelevant zu werden. Als Ersatz für realen Einfluss und zum Schutz der Entscheidungszentren vor elektoral-populistischem Druck muss expressive Symbolpolitik dienen. So etwa die Einführung von Frauenquoten in den Aufsichtsräten von Grossunternehmen in einer Gesellschaft, in der das Armutsrisiko alleinstehender Mütter das jeder anderen Gruppe übertrifft.

Proteste, gerade auch emotionaler Art, erscheinen heute vielen als wichtigste verbliebene Möglichkeit einer Rückeroberung der öffentlichen Sphäre durch die Bürger. In der Tat können «unrealistische» soziale Bewegungen und populistische Bürgerverlangen den Spielraum des Möglichen erstaunlich weit dehnen, indem sie die Eliten zwingen, den Unmut der Bürger ebenso als restriktive Bedingung politischer Entscheidungen in Rechnung zu stellen wie den Unmut der Kapitalmärkte. Unter den Bedingungen demokratischer Politik in den Gesellschaften der kapitalistischen Gegenwart, in denen konstruktive Opposition die Entscheidungszentren nicht mehr erreichen kann, reduziert sich der Werkzeugkasten demokratischen Handelns von unten zunehmend auf die Mobilisierung von starrköpfigem, nach den Regeln des Systems unvernünftigem Widerstand.